

Farner bespitzelte die GSoA

Von Daniel Foppa

Die PR-Agentur Farner räumt unter Druck ein, dass eine ihrer Mitarbeiterinnen ein Strategietreffen der GSoA ausgehorcht hat. Sie tritt die Flucht nach vorne an und veröffentlicht das Spitzelprotokoll.

Die Sache wird immer peinlicher für die renommierte PR-Agentur Farner. Noch am 20. August stritt sie alles ab: «Wir weisen den Verdacht der verdeckten Ermittlung in aller Form zurück», teilte Farner mit. Die «WochenZeitung» (WOZ) hatte damals enthüllt, wie eine junge Farner-Mitarbeiterin am 20. Juni 2009 an einem Strategiewochenende der GSoA teilgenommen hatte. Dabei ging es um den Abstimmungskampf für die GSoA-Initiative zum Verbot von Waffenexporten, über die am 29. November abgestimmt wird.

Die Frau stellte sich als Politologiestudentin vor, die eine Seminararbeit verfasse. Tatsächlich aber horchte sie den Anlass für Farner aus. Die PR-Agentur führt die Geschäftsstelle des Arbeitskreises Sicherheit und Wehrtechnik, der die GSoA-Initiative an vorderster Front bekämpft. Nachdem Farner die Vorwürfe zunächst abgestritten hatte, musste die PR-Agentur nun die Flucht nach vorne antreten: Der «Blick» publizierte gestern Auszüge des Spitzelrapports, was Farner dazu veranlasste, den zweiseitigen Bericht zu veröffentlichen.

Im dem auf Farner-Papier verfassten Bericht wird die GSoA als «sympathischer Haufen von gebildeten Idealisten» bezeichnet. Die Zahl der Aktivisten belaufe sich auf 45 bis 80 Personen, die finanziellen Mittel seien knapp. Die Farner-Mitarbeiterin rapportierte, welche Kampagnen-Ideen diskutiert wurden: Standaktionen, Diskussionsveranstaltungen an Unis, Aktionen vor Rüstungsfirmen, Blockierung eines Rüstungstransports. Ins Visier genommen wurde auch die im Sold der Rüstungsindustrie stehende PR-Agentur Farner. Die Spitzelin schrieb: «Erwähnt wurde, dass die Verknüpfung von Rüstungsindustrie und Farner PR sich als Sommer-Thema in den Medien eignen würde. Ob diese Idee ernsthaft weiterverfolgt wird, lässt sich nicht sagen.»

Der Bericht gibt zudem Auskunft über die Strategie der GSoA. Aus Sicht der Aktivisten sei das stärkste Argument der Gegner, dass bei einer Annahme der Initiative Arbeitsplätze verloren gingen. Dem wolle die GSoA die geringe gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Rüstungsindustrie entgegenhalten. Weiter wolle die GSoA die Waffen-Ausfuhrpraxis anprangern und die Rüstungsautonomie als Mythos entlarven. Am Schluss verweist der Bericht auf die beiliegende Dokumentation – auf einen Ordner voller GSoA-Unterlagen, den die Frau am Anlass erhalten hat.

«Wir haben nie gesagt, dass wir den Anlass nicht beobachtet haben», sagt Christian König von Farner. Dem ist tatsächlich so – nur hatten die Medien keine Gelegenheit, Farner diese Frage zu stellen. Sie wurden mit einem dünnen Communiqué und der Antwort abgespeist, die Geschichte sei «von der GSoA konstruiert».

«Im Nachhinein besser machen»

«Im Nachhinein würden wir das besser machen», räumt König ein. Er betont aber, dass die Frau – eine ehemalige Praktikantin von Farner, die als Freelancerin weiterbeschäftigt wurde – an einem öffentlichen Anlass teilgenommen habe. Und dass es in erster Linie die GSoA sei, die ihre Gegner ausspioniere. Als Beispiel nennt er einen Anlass der Zürcher FDP, an dem im Mai über die Armee diskutiert wurde. Tatsächlich agierten die Armeegegner dort jedoch nicht verdeckt. «Wir haben uns als GSoA-Vertreter vorgestellt – und wurden offiziell begrüsst», sagt GSoA-Sekretär Tom Cassee. Der Zürcher FDP-Präsident Beat Walti bestätigt dies.

Cassee verurteilt das Vorgehen von Farner als undemokratisch: «Sie sollen uns mit Argumenten bekämpfen und nicht bespitzeln.» Das GSoA-Wochenende sei offen gestanden «für jene, die am Abstimmungskampf mitmachen wollen». Es sei keine öffentliche Veranstaltung gewesen: «Wir halten Publikumsanlässe nicht in einem Pfadiheim am Waldrand ab», sagt Cassee.

Farner versucht derweil, den Imageschaden, der durch die Veröffentlichung des internen Papiers entstanden ist, in Grenzen zu halten: «Wir ziehen daraus die Lehren. Und wir werden die Zusammenarbeit mit unseren Freelancern überprüfen», sagt König.»